



panorama

Bürgerzeitung der SPD Übach-Palenberg

Ausgabe 2/2010



Liebe Bürgerinnen und Bürger von Übach-Palenberg,

das Jahr 2010 neigt sich langsam dem Ende zu. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, Ihnen im Namen der SPD Übach-Palenberg ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr zu wünschen. Ich tue dies in einer, für Übach-Palenberg, schwierigen Zeit.

Die Menschen in unserer Stadt werden mit finanziellen Mehrbelastungen rechnen müssen und jeder von uns wird diese Belastungen auch im eigenen Portemonnaie zu spüren bekommen. Diese werden sich in den Erhöhungen der Hebesätze für die städtischen Steuern widerspiegeln, oder durch die Erhöhung von Eintrittsgeldern für unsere kommunalen Einrichtungen, darin, dass die Serviceleistungen der Stadt zurückgefahren werden und auch darin, dass die Vereine selbst für Kosten aufkommen müssen, die bisher von der Stadt getragen wurden. Es wird in nahezu allen denkbaren Bereichen Einsparungen oder Verteuerun-

gen geben müssen. Auch ist jetzt nicht die Zeit dafür da, neue Investitionen auf den Weg zu bringen, die vielleicht wünschenswert, aber zurzeit einfach nicht finanzierbar wären. Wir sollten uns jetzt vor allem darauf konzentrieren unsere bestehenden Einrichtungen, wie z. B. die Schulen, in Schuss zu halten.

Wir Sozialdemokraten werden uns erforderlichen Einsparungen nicht verweigern, aber wir werden darauf achten, dass es gerecht zugeht und auch darauf, dass Verteuerungen oder Einsparungen wirklich Sinn machen. Wünschen würden wir uns, dass Sie, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, sich an den Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung beteiligen. Äußern auch Sie sich dazu, ob und in welcher Höhe und vor allen Dingen an welcher Stelle, finanzielle Verbesserungen stattfinden sollten. Wir sind ganz gespannt auf Ihre Anregungen.

Mit den besten Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest,

herzliche Grüße,

Heiner Weißborn.



Einführung der Ehrenamtskarte

Die Arbeit der Ehrenamtlichen soll gewürdigt werden.

Am 17.03.2009 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, einen Ehrenamtspass einzuführen. Viele Menschen engagieren sich freiwillig, tun etwas für andere und die Gemeinschaft. Wir waren der Meinung, dass dies auch ein Zeichen der Anerken-

nung verdient. Für ihr Engagement sollten die Inhaber dieses Passes finanzielle Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen erhalten. Auch der Kreis Heinsberg wurde gebeten, für seine Einrichtungen Vergünstigungen einzuräumen.

In der Ratssitzung am 24.06.2010 wurde der Beschluss gefasst, dem Projekt „Ehrenamtskarte NRW“, beizutreten, einem Projekt der Landesregierung und den Kommunen in NRW. Hiermit lässt sich die Attraktivität des zuvor beschriebenen Ehrenpasses noch enorm steigern. Mit dieser Ehrenamtskarte NRW können Angebote verschiedener Landes- und kommunaler Einrichtungen vergünstigt wahrgenommen werden.

Am 25. Oktober wurde die Vereinbarung zur Einführung der Ehrenamtskarte von Ulrike Sommer, Leiterin des

Referates „Bürgerschaftliches Engagement“ vom NRW-Familienministerium, und Bürgermeister Jungnitsch unterzeichnet.

Welche Bedingungen müssen erfüllt werden, um eine Ehrenamtskarte zu erhalten?

- 5 Wochenstunden oder 250 Stunden im Jahr müssen an ehrenamtlicher Tätigkeit durchgeführt werden.
- Dazu zählen auch Schulungen und Supervisionen, die mit der ehrenamtlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen.
- Das Engagement muss im geforderten Umfang für die letzten 3 Jahre nachgewiesen werden.
- Die Gültigkeitsdauer der Karte beträgt 3 Jahre.



Am 5. Dezember, dem internationalen Tag des Ehrenamtes, wurden die ersten Karten ausgegeben. Ein Zeichen des Respekts und der Würdigung für viele Stunden freiwilligen Engagements zum Wohle der Gemeinschaft.





Hotelgutachten, Tigerprojekt und E-Bike Projekt

10.000 € rechtswidrig verausgabt!

Im August 2010 wurde von der Verwaltung ein Gutachten mit dem Namen „Hotelprojekt Übach-Palenberg“ beauftragt. In dem, in öffentlicher Sitzung verteilten Gutachten, werden auf 10 Seiten statistische Werte des „Landesbetriebs Information und Technik NRW“ zum Besten gegeben. Diese Zahlen sind übrigens auf der Webseite des Landesamtes öffentlich nachzulesen. Trotzdem hat die

ten für das Gutachten 4.000 Euro (plus 19 %MwSt.) betrogen. Hierfür habe es keinen Beschluss gegeben, da er dies als ein Geschäft der laufenden Verwaltung sehe. Mit § 82 GO habe man sich in diesem Zusammenhang nicht befasst, da die Vergabe noch in der Anfangszeit der derzeitigen Haushaltssituation lag.“ Beide Aussagen sind unhaltbar: Ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung ist,

schen Greenhorn klar sein. Was nun den Zeitpunkt der Vergabe angeht, so wurde das Gutachten im August 2010 beauftragt! Erstens war zu diesem Zeitpunkt das HSK bereits erstellt und zweitens befinden wir uns seit dem 01.01.2010 in der vorläufigen Haushaltsführung.

Es kommen das sogenannte „Tiger-Projekt (touristische Inwertsetzung der grenzüberschreitenden Europäischen Union) hinzu, bei dem die Stadtverwaltung sich mit rd. 4.000 € an der Erarbeitung eines Masterplanes beteiligt hat und eine Ausgabe von rd. 2.000 € für die Teilnahme an einem Wettbewerb „Erlebnis.NRW, e-xpedition“. In diesem Wettbewerb ging es u.a. darum, die Freizeitregion Heinsberg für Touristen zu erschließen, die dies mit elektrisch betriebenen Fahrrädern tun wollen.



Verwaltung für dieses „Gutachten“ rd. 4.800 € ausgegeben. Nicht, dass wir falsch verstanden werden: Wir haben gar nichts gegen ein neues Hotel, ganz im Gegenteil, aber es kann doch nicht Aufgabe der Stadt sein, für einen privaten Investor, der mit einem Hotel später gutes Geld verdienen möchte, ein solches Gutachten zu bezahlen.

wie der Name schon sagt, ein „laufendes“ Geschäft, also regelmäßig, wiederkehrend und die Beauftragung eines Hotel-Gutachtens hat es in Übach-Palenberg bisher noch nicht gegeben.

Rechtswidrig war die Vergabe deshalb, weil wir uns, nach § 82 Gemeindeordnung, in der vorläufigen Haushaltsführung befinden. In dieser Zeit dürfen nur Pflichtausgaben getätigt werden. Und dass die Erstellung eines Hotelgutachtens keine Pflichtaufgabe ist, müsste selbst einem kommunalpoliti-

Ganz abgesehen davon, dass die Ausgaben für diese Projekte weder rechtlich in Ordnung waren, noch dass es als Grundlage dafür irgendwelche Beschlüsse gab, geht es um Geld, das zum Fenster hinaus geworfen wurde, da aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation wohl keines dieser Projekte von der Stadt weiterverfolgt werden kann. In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing, am 25.11.2010, hat der zuständige Dezernent erklärt, dass sich die Angelegenheit „Erlebnis.NRW, e-xpedition“ bereits erledigt hat, da der Wettbewerb verloren wurde!

Anlässlich unserer Anfrage in der Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 28.10.2010 ist im Protokoll folgendes nachzulesen: „Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass die Kos-



Technischer Beigeordneter a. D. Werner Schiewe wurde 80.

Panorama gratuliert dem SPD-Mitglied ganz herzlich

Werner Schiewe feiert seinen runden Geburtstag. Von 1969 bis 1993 war Werner Schiewe Technischer Beigeordneter der Stadt Übach-Palenberg. In seiner Amtszeit hat der gelernte Zimmermann und heutige Ingenieur zahlreiche Projekte federführend begleitet und durchgeführt. Der Platz in unserer „Panorama“ würde bei Weitem nicht ausreichen, um auch nur annähernd auf alle Projekte einzugehen. Deshalb seien nur wenige Beispiele genannt, die das Bild unserer Stadt positiv verändert haben. So wurden während seiner Amtszeit die Bergarbeitersiedlung saniert, zahlreiche Neubaugebiete entwickelt und die meisten unserer Sport- und Spielplätze gebaut. Als besonders wichtige Maßnahmen sind das Naherholungsgebiet im Wurmatal, das Schulzentrum und die Übachregulierung

hervorzuheben. Ohne den offenen Ausbau des Übach wäre der Rathausplatz sicher noch viele Male „abgesoffen“. Werner Schiewe war der erste Technische Beigeordnete im ehemaligen Selfkantkreis Geilenkirchen-Heinsberg und die Tatsache, dass er bei drei Wahlen zum Beigeordneten immer ein hervorragendes Wahlergebnis erzielen konnte zeigt, dass er während seiner Amtszeit auch über die Parteigrenzen hinweg sehr beliebt war. Dass sich dies bis heute nicht geändert hat, zeigt die Tatsache, dass weit über hundert Gäste Schlange gestanden haben, um Werner Schiewe zu gratulieren. Panorama freut sich sehr darüber, dass unser SPD-Mitglied Werner sich auch heute, mit achtzig Jahren, bester Gesundheit erfreut und gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag.

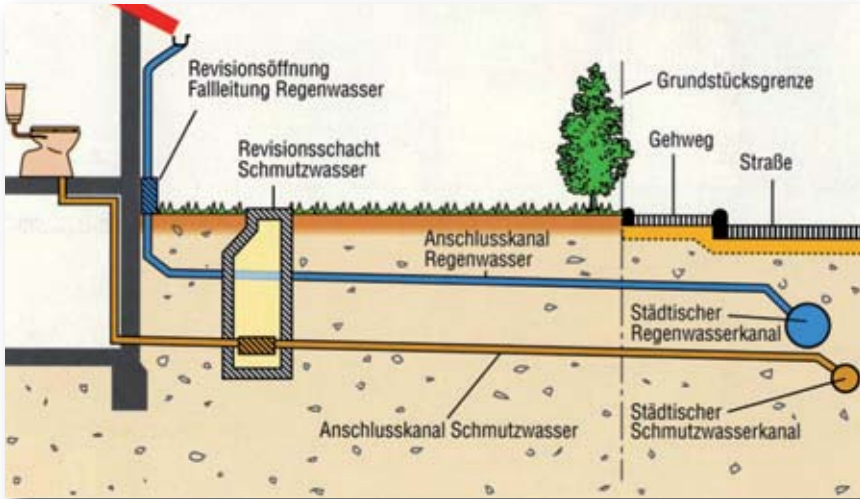


Der gelernte Zimmermann packt auch mit achtzig Jahren immer noch zu.



SPD-Fraktion fordert Ausschreibung bei der Dichtigkeitsprüfung.

Durch ein größeres Auftragsvolumen sollen Kosten für Eigentümer reduziert werden.



Der Gesetzgeber fordert, dass die unterirdisch verlegten Abwasserleitungen, durch die Schmutzwasser bzw. Mischwasser abgeleitet wird, auf Dichtigkeit untersucht und im Schadensfall repariert werden müssen. Zu diesen Entwässerungsleitungen zählen der Bereich zwischen Haus und Grundstücksgrenze sowie sämtliche Leitungen, die entlang der Hauskanten oder unter der Kellerbodenplatte unterirdisch verlegt worden sind. Leitungen, die nur Niederschlagswasser führen, müssen nicht untersucht werden.

tersucht werden sollen. Selbstverständlich sind diese Untersuchungen auch mit Kosten verbunden. Vom öffentlichen Kanal bis zur Grundstücksgrenze wird diese Untersuchung durch den Vertragsunternehmer der Stadt durchgeführt. Die Kosten hierfür werden dann gemäß Kommunalabgabengesetz (KAG) auf die Grundstückseigentümer umgelegt. Die Untersuchung der Kanäle, die auf der privaten Fläche liegen, muss vom Eigentümer direkt bezahlt werden. Damit die Kosten für die Hauseigentümer so niedrig wie möglich gehalten werden können, hat die SPD-Fraktion beantragt, nicht nur die Überprüfung der auf städtischem Grund liegenden Kanäle auszuschreiben, sondern (optional) auch die auf privatem Grund liegenden Kanäle. Da ein Unternehmer dadurch einen größeren Auftrag erhalten könnte, sollten die Preise entsprechend geringer sein. Weitergehende Informationen finden Sie auf der Homepage der Stadt (www.Uebach-Palenberg.de).

Das Landeswassergesetz (LWG) schreibt im § 61 vor, dass private Abwasserleitungen auf ihre Dichtigkeit überprüft werden müssen. Bis spätestens zum 31. Dezember 2015 müssen alle Hauseigentümer die Dichtigkeit ihrer Abwasserleitungen erstmals nachweisen. Unter bestimmten Voraussetzungen gelten abweichende Fristen, die von den Kommu-

nen durch Satzung festgelegt werden müssen. In Übach-Palenberg gibt es eine solche Satzung, die den Zeitraum der Dichtigkeitsprüfung für jede einzelne Straße festlegt. Demnach erstreckt sich der Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2023. Jeder Hauseigentümer wird von der Verwaltung darüber informiert, zu welchem Zeitpunkt seine Kanäle un-



Kanalkamerawagen zur Überprüfung der Kanäle



Panorama aktuell

UWG rudert bei eigenem Antrag zurück.

Aus aktuellem Anlass haben wir kurz vor Redaktionsschluss diese Postkarte hinzugefügt. Die SPD-Fraktion stimmte gemeinsam mit den Grünen einem Antrag der UWG auf Bürgerbeteiligung im „Vorfeld der zukünftigen Haushaltsberatungen“ grundsätzlich zu. Schade nur, dass sich in der entsprechenden Ratssitzung herausstellte, dass UWG, CDU und der Bürgermeister die entscheidenden Beschlüsse bereits vor der Bürgerbeteiligung gefasst haben. Obwohl es im Antrag der UWG heißt: „Bürgerbeteiligung im Rahmen der Haushaltsaufstellungen und Beratungen ab 2011“ soll eine Bürgerbeteiligung nun erst zu späterer Zeit stattfinden. Da die Hebesätze mit Wirkung für das laufende Jahr spätestens bis zum 30. Juni beschlossen werden müssen, wäre jedoch ausreichend Zeit für eine Bürgerbeteiligung bereits für 2011 möglich gewesen. In Solingen (<http://www.buergerhaushalt.org/>), darauf bezieht sich die UWG, hat die Befragung gerade mal drei Wochen in Anspruch genommen und Solingen ist fast sieben Mal so groß wie Übach-Palenberg. Da der städtische Haushalt ohnehin erst im Februar eingebracht werden soll, wäre also genug Zeit gewesen. Aus diesem Grunde wollen

wir Sie heute, zugegebenermaßen in einfacher Form, um Ihre Meinung bitten. Die Stadt befindet sich in einer sehr schwierigen Haushaltssituation, aufgrund dessen zurzeit viel über Sparvorschläge, bzw. Vorschläge zur Erhöhung von Eintrittsgeldern, Steuern, etc. gesprochen

wird. Für uns ist, bei diesem sensiblen Thema, Ihre Meinung von großer Bedeutung. Deshalb möchten wir Sie mit dieser Postkarte darum bitten, uns Ihre Auffassung zur Verbesserung der Haushaltssituation mitzuteilen.

Durch welche Einsparungen sollten die Ausgaben in unserer Stadt reduziert werden:

Folgende Einsparungen dürfen in unserer Stadt auf keinen Fall vorgenommen werden :

Durch welche Maßnahmen sollten Einnahmeverbesserungen für unsere Stadt erfolgen:

Folgende Einnahmen dürfen in unserer Stadt auf keinen Fall erhöht werden:



Die höchsten Eintrittspreise in der Region

Eintrittspreise für das Ü-Bad werden um bis zu 50% erhöht

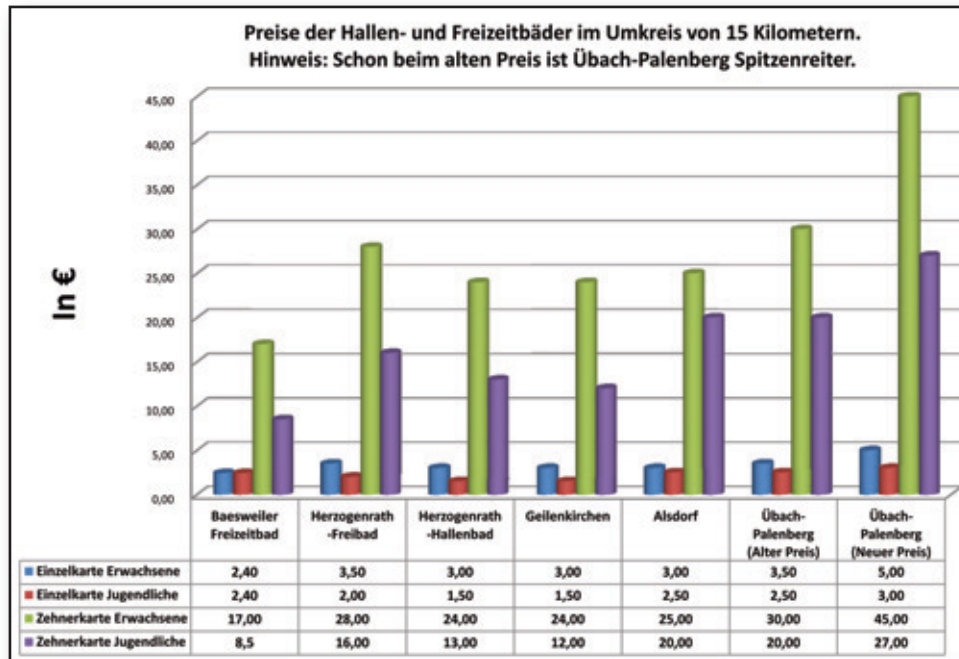
Als wir Mitglieder der SPD-Fraktion über den Vorschlag des Bürgermeisters, die Eintrittspreise beim Schwimmbad zu erhöhen diskutiert haben, haben wir immer noch gehofft, dass es auch innerhalb der Koalition aus CDU, UWG und FDP vernünftige Leute gibt, die dieser exorbitanten Erhöhung nicht zustimmen werden. Nach unserer Einschätzung werden nämlich viele Besucher des Schwimmbades in Zukunft andere Bäder aufsuchen, die deutlich preiswerter sind als unser Ü-Bad.

Wir sind vielfach auf dieses Thema an-

gesprochen worden. In Übereinstimmung mit vielen Bürgerinnen und Bürgern glauben wir, dass diese Preiserhöhung, die ausschließlich mit einer schwierigen Haushaltssituation begründet wird, nicht akzeptiert werden wird. Wir müssen also mit starken Abwanderungsverlusten rechnen. Viele Badebesucher werden nach Baesweiler, Herzogenrath, Geilenkirchen oder Alsdorf ausweichen. Dass dieses Szenario sehr realistisch ist, belegt auch ein Marketingkonzept aus dem Jahre 2009. In diesem Konzept wird davon ausgegangen, dass die Konkurrenzsituation mit



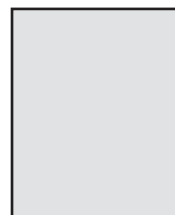
Ob in Zukunft die Badegäste weiter so zahlreich das Bad besuchen ist fraglich.



Weitere Infos unter: www.spd-uebach-palenberg.de

Panorama-Impressum: V.i.S.d.P.: SPD-Stadtverband Übach-Palenberg

Absender:



An die
SPD-Fraktion Übach-Palenberg
Herrn Heiner Weißborn
Carolus-Magnus-Straße 6

52531 Übach-Palenberg

umliegenden Bädern für unser Bad von großer Bedeutung ist. Als ernst zu nehmende Konkurrenten sind die Bäder gemeint, die entweder in einer Fahrtzeit von 20 Minuten zu erreichen sind oder aber höchstens 15 Kilometer entfernt liegen. Das trifft auf Baesweiler, Alsdorf, Herzogenrath und Geilenkirchen zu. Das Risiko eines starken Besucherrückganges wurde aber weder von der Koalition, noch von der Verwaltung berücksichtigt. Denjenigen, denen eine Fahrt in Nachbargemeinden nicht möglich ist, droht entweder eine saftige Preiserhöhung von bis zu 50%, oder aber der Verzicht auf den Schwimmbadbesuch. In der Regel sind dies wieder einmal die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Der treffende Kommentar der GZ vom 10.11.2010 lautete:

„Die Gebühren-Explosion dürfte vor allem die Sozialschwachen in der Stadt empfindlich treffen.“ Wir erinnern daran, dass gerade mit Hinweis auf Familien und auf die sozial Schwächeren in unserer Stadt das Ü-Bad erneuert wurde. Mit dieser Preiserhöhung wird diese Argumentation konterkariert. Die Ratsmitglieder von CDU, UWG und FDP und der Bürgermeister müssen sich an dieser Stelle fragen lassen, ob sie hier nicht das Kind mit dem Ü-Bad ausschütten? Was helfen da noch großartige Marketing-Aktionen, wenn auf der anderen Seite durch ein vorschnelles Verbot des Tragens von Boxershorts und durch diese unsoziale und auch wirtschaftlich unvernünftige Preiserhöhung das gute Image unseres Bades zerstört wird?